

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

## Aus dem Landtag vom 13. September 2012

Zur Übersicht und den Dokumenten: <http://gruenlink.de/bl9>

### Seelische Gesundheit fördern

Seelische Erkrankungen als Ursache von Krankmeldungen von Beschäftigten nehmen zu. Im öffentlichen Dienst Bremens sind es bereits 12,2 Prozent. Mit einer von Kirsten Kappert-Gonther initiierten Großen Anfrage fragte die Fraktion der Grünen den Senat nach Maßnahmen und Angeboten zur Gesundheitsförderung und zur Prävention.



Wir Grünen meinen, so Kappert-Gonther, dass Bremen die Chance ergreifen sollte, sich als Land um eine Förderung der seelischen Gesundheit jeder Bremerin und jedes Bremers verdient zu machen. Das käme den Einzelnen und dem Gemeinwohl zugute. Die Förderung seelischer Gesundheit ist eine Querschnittsaufgabe – über alle Bereiche gesellschaftlichen Miteinanders.

### Überwachungssoftware: Grundrechte und Datenschutz gewährleisten

Der Fall des so genannten „Staatstrojaners“ hat gezeigt, dass die Unkenntnis über den Funktionsumfang von Programmen dazu führen kann, dass die Grenzen des rechtlich Zulässigen leicht überschritten werden können. Spielt der sogenannte „Quelltext“ für die AnwenderInnen von kommerzieller Software eigentlich keine Rolle, müssen die Behörden bei Software, die einen tiefen Eingriff in grundgesetzlich besonders geschützte Bereiche ermöglicht, im vollen Umfang informiert sein. Bis zu einer bundeseinheitlichen Regelung, so der Koalitionsantrag, soll der Senat die Möglichkeiten des Zugriffs auf den Quelltext bereits beschaffter Programme prüfen und für künftige anstreben.



Mustafa Öztürk, für Netzpolitik zuständig, stellt klar, dass die Grünen strikt dagegen sind, wenn hoheitliche Aufgaben outsourct werden und anschließend keinerlei Kontrollen mehr möglich sind. Gerade wenn es um Überwachungssoftware geht, haben die Bürgerinnen und Bürger das Recht zu erfahren, was solch eine Überwachungssoftware alles kann. Der Datenschutz sowie wirksame Kontrollen von Dritten müssen gewährleistet sein. Es darf nicht dazu kommen, dass ein Privatunternehmen alle Funktionen einer Software kennt, diese Informationen aber nicht mit den Behörden/Auftraggebern teilt. Dieser Umstand ist auch nicht im Sinn des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, nach dem bei heimlichen Überwachungen der Kernbereich privater Lebensgestaltung geschützt sein muss.

### Was noch?

- **City-Tax: Bremen wird auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts reagieren, wenn die Urteilsbegründung vorliegt. Eine Tourismusabgabe für Geschäftsreisende wurde vom Gericht abgelehnt.**



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

## Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz

Insbesondere das Recycling von Abfällen soll mit dem im Juni 2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetz der Bundesregierung verbessert werden. Damit wird die Abfallrahmenrichtlinie der EU in deutsches Recht umgesetzt. Mit der Großen Anfrage fragen die Koalitionsfraktionen den Senat nach den Auswirkungen auf Bremen. In der Antwort wird ausführlich auf die schon bestehenden und künftigen Recyclingquoten der einzelnen Abfallarten und das Müllaufkommen eingegangen.



Bremen hat über all die letzten Jahre in Sachen Abfall viele positive Verwertungsformen im Vergleich zu anderen Kommunen vorzuweisen, stellt die grüne Umweltpolitikerin Maike Schaefer fest. Sie ist jedoch der Ansicht, dass es an einigen Punkten noch dringenden politischen Diskussions- und auch Änderungsbedarf gibt. Zu kurz komme der Bereich der Abfallvermeidung. Hierzu könnten aber alle jeden Tag einen eigenen wichtigen Beitrag leisten.

## Mobilitätsberatung für Neu-BremerInnen

Klima- und umweltfreundlich und kostengünstig in Bremen mobil: ein Beratungsangebot für Neu-BremerInnen mit Infos zum ÖPNV, CarSharing, Radwegen etc. und etwa einem Schnupper-Ticket für eine Woche kosten-loser Nutzung von Bussen und Straßenbahnen. Die rot-grüne Koalition folgte dem Beispiel Münchens mit ihrem Antrag.



Ralph Saxe, grüner Verkehrspolitiker, hatte die Idee zu diesem Antrag, denn eine Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger ist ein kostengünstiges oder sogar kostenneutrales Angebot zur Neuorientierung der Mobilitätsnutzung am neuen Wohnstandort, mit einem Willkommenspaket mit nützlichen Informationen und Einstiegsanreizen für den Umweltverbund in Bremen und Bremerhaven.

## Gegen Lohndumping: Reform des Tarifvertragsgesetzes

Werden Tarifverträge für „allgemeinverbindlich“ erklärt, haben auch ArbeitnehmerInnen Anspruch auf Leistungen aus diesem Vertrag, die kein Gewerkschaftsmitglied sind und deren Arbeitgeber nicht im beteiligten Arbeitgeberverband ist. Seit etwa 20 Jahren hat die Arbeitgeberseite immer öfter gegen Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung votiert, was zum Beispiel im Einzelhandel erhebliche Folgen für die Beschäftigten hat. Hier setzt der Antrag von SPD und Grünen an, der vom Senat unter anderem fordert, sich für eine bundesweite Reform der AVE genannten Erklärung einzusetzen.



Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Frank Willmann, drang darauf, dass das Tarifsystem stabilisiert und seine Funktionsfähigkeit abgesichert werden muss. Es bedürfe aus einer bewussten politischen Unterstützung, um das Abrutschen der Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu verhindern. Dabei komme der Reform der



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

Allgemeinverbindlicherklärung nach dem Tarifvertragsgesetz und des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes eine wichtige Rolle zu. Für Branchen ohne funktionierende Tarifautonomie bleibe ein gesetzlicher Mindestlohn absolut notwendig.

## Vergabeverfahren für Baudienstleistungen vereinfachen

Bei der Vergabe von Baudienstleistungen sind viele landes-, bundes- und europarechtliche Regelungen zu beachten – für kleine und mittlere Betriebe ohne eigene Rechtsabteilung nicht einfach. Die Verfahren vereinheitlichen und straffen, das ist das Ziel dieses Antrags.



Ralph Saxe, wirtschaftspolitischer Sprecher, betont, wie wichtig es gerade für kleine Handwerksbetriebe aus unserer Region sei, die Barrieren zu senken, um deren Teilnahme am Wettbewerb um öffentliche Ausschreibungen zu

erleichtern.

## Infos über Politik und Beteiligung im Internet bündeln

Wenn wir wollen, dass sich mehr Menschen am politischen Geschehen beteiligen, müssen sie auch wissen, welche Möglichkeiten dafür bestehen. Dieser Koalitionsantrag fordert den Senat auf, innerhalb eines halben Jahres ein Internetangebot zu erstellen, mit dem einerseits das politische System dargestellt wird, andererseits die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten zusammengefasst werden.



Den einstimmig beschlossenen Antrag begründete Marie Hoppe, in der Fraktion für Bürgerbeteiligung zuständig, unter anderem damit, dass nicht nur das Vertrauen in politische Institutionen schwinde, sondern vor allem auch das Wissen über sie. Daher liege es in unserer Verantwortung, unsere Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und verständlich darzustellen. Sie seien von unseren Entscheidungen betroffen und könnten mit ihrem persönlichen Expertenwissen auch zu Lösungen beitragen.

## Elektroschrott

Elektroschrott: Immer mehr neue, kurzlebige elektronische Geräte lassen den Müllberg immer mehr wachsen. Auf illegalen Wegen landet ein großer Teil davon u.a. in Westafrika oder Ostasien, wo unter stark gesundheits- und umweltbelastenden Bedingungen die wertvollen Rohstoffe aus den Altgeräten geholt werden. Hier muss mit einer besseren Kontrolle und besseren Zusammenarbeit der Behörden reagiert werden.



Die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer, Ideengeberin für den einstimmig beschlossenen Antrag, fasste in der Debatte zusammen: Elektroschrott dürfe nicht in afrikanische Kinderhände gelangen, die für ein paar Cents ihre Gesundheit und damit auch ihr Leben riskieren. Die Kontrollen müssten verbessert werden. Aber auch hier gelte: Der Konsument, also wir alle sollten uns



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

dringend jedes Mal, wenn wir ein neues Elektrogerät kaufen, vor Augen halten, woher die Rohstoffe dafür kommen und unter welch tragischen Umständen sie gewonnen wurden und wie die Entsorgung stattfindet.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)